

Ist der antirassistische Konsens in Gefahr?

Das Ende der multikulturellen Euphorie

Martina Zimmermann*

» Der Fall des in Paris entführten und ermordeten Ilan Halimi ist nur eines von zahlreichen antisemitisch und rassistisch motivierten Verbrechen der jüngsten Zeit. Verstärktes Communitydenken führt dazu, dass die Frage nach der Herkunft der Opfer vor der Frage nach den Opfern rangiert.

Soviel Politprominenz gab es selten auf einer Demonstration. Am 26. Februar 2006 riefen der Dachverband der Juden Frankreichs und andere Organisationen, darunter die Menschenrechtsliga und die Antirassismusorganisation SOS Racisme, zum Marsch gegen Antisemitismus und Rassismus auf, nach einem Verbrechen, das einen antisemitischen Hintergrund haben könnte: Am 21. Januar war der 23-jährige Pariser Ilan Halimi, Verkäufer in einem Telefongeschäft, entführt worden. Es kam nie zu einer Lösegeldzahlung, weil die offensichtlich nicht sehr professionellen Kidnapper immer wieder die geforderte Summe oder auch die Treffpunkte änderten. Drei Wochen später, am 13. Februar, wurde der junge Mann sterbend in der Nähe eines Bahnhofs im Süden von Paris gefunden: Er überlebte Gewalt, Kälte und Erschöpfung nicht. Die Autopsie stellte an 80 Prozent des Körpers Verbrennungen fest, zahlreiche Blutungen und Quetschungen, eine Wunde an der Wange, die durch einen Cutter zugefügt worden war, sowie zwei Messerstiche unter der Kehle.

Ilan Halimi war in einer Siedlung im südlichen Pariser Vorort Bagneux festgehalten worden. Die junge Frau, die der Bande als Köder gedient haben

soll, stellte sich am 14. Februar der Polizei und gab die Namen der Bandenmitglieder preis. 17 junge Leute wurden festgenommen; der mutmaßliche Bandenchef, der Franzose Youssouf Fofana, wurde in Abidjan in der Elfenbeinküste, wo seine Familie herkommt, dingfest gemacht und an die französische Justiz ausgeliefert.

Das brutale Verbrechen hätte gereicht, um in ganz Frankreich Entsetzen auszulösen. Erschwerend kam hinzu, dass das Opfer jüdisch war. Einer der Verdächtigen soll antisemitische Gründe für den Mord genannt haben, zumindest seien die Kidnapper davon überzeugt gewesen, dass „Juden Geld haben“, was Ilan Halimi zu einem bevorzugten Opfer gemacht haben könnte. Der Ermittlungsrichter nahm Antisemitismus als erschwerenden Umstand in die Anklage auf.

An einer Zeremonie für den jungen Mann in der großen Pariser Synagoge nehmen am 23. Februar 2006 Präsident Chirac und Premierminister de Villepin teil. Die Demonstration am darauffolgenden Sonntag wird von fast allen Parteiführern und den meisten Präsidentschaftskandidaten angeführt. Alle erklären in etwa dasselbe: „Das ist eine Botschaft an die Familie“, sagt Kulturminister

* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

Donnedieu de Vabres in die Mikrofone der Journalisten. „Aber es ist auch eine politische Botschaft: Dass in unserem Land das Zusammenleben und die Brüderlichkeit stärker sind als Hautfarbe, Religion und Herkunft.“

Von den Medien stark umringt wird der ehemalige sozialistische Premierminister Lionel Jospin, der als potenzieller Präsidentschaftskandidat der Linken gehandelt wird. „Wenn es einen Verdacht auf Antisemitismus gibt“, so Jospin, „ist es normal, dass wir auf der Demonstration dagegen dabei sind.“ Der absolute Superstar aber ist Innenminister Sarkozy, der als letzter eintrifft, umringt von Polizisten und Journalisten; letztere kommen meist gar nicht an ihn heran. Nachdem der Innenminister mit erklärten Präsidentenambitionen da ist, kann die Demonstration endlich beginnen, über eine Stunde später als geplant. Die normalen Demonstranten warteten bis dahin geduldig hunderte von Metern von den Prominenten entfernt hinter Absperrungen, was die Volksnähe der französischen Politiker vor Augen führt.

„Die machen nur Werbung für sich“, meint eine Frau mit einem Aufkleber „Liga der jüdischen Verteidigung“. Für sie zählen nicht die Sonntagsreden, so die Frau, sondern die Taten vor Ort. Sie wohnt im Pariser Vorort Sarcelles: „Unsere Kinder könnten mit einem Zug in drei Minuten bis zu ihrer Schule fahren“, berichtet sie. „Aber der Bürgermeister muss Schulbusse zur Verfügung stellen, weil unsere Kinder seit 2002 im Zug angegriffen werden.“ Michèle ist Mutter von drei Kindern in einem anderen Vorort, in Fontenay-sous-Bois. Vor zwei Jahren wurde ihr Sohn von einer Bande zusammengeschlagen, als er aus der Schule kam. „Wir sagen unseren Kindern, dass sie sehr vorsichtig sein sollen, – auf der Straße eine Kippa tragen, das ist heute nicht mehr möglich“, bedauert die Hausfrau.

Vertreter der verschiedenen Religionen, darunter Kardinal Lustiger und die Vorsitzende des muslimischen Frauenverbandes nehmen ebenfalls

an der Demonstration teil. Auch der Sänger Tiken Jah Fakoly aus der Elfenbeinküste oder der Rapper Doc Gyneco marschieren mit, und eine Organisation mit dem Namen „jüdisch-schwarze Freundschaft“. Doch die Mehrheit machen offensichtlich jüdische Bürger aus. Viele Araber oder Schwarze beklagen, dass bei Antisemitismus mehr unternommen werde als bei Rassismus ihnen gegenüber. Der 18-jährige David, der aus der Bretagne angereist ist, will von einer Konkurrenz unter den Communities nichts hören: „Wenn es ein Maghrebiner oder ein Andersfarbiger wäre, wäre ich auch hier“, erklärt der Schüler. „Ein solches Verbrechen ist unerträglich, ob das Opfer Jude,

Araber oder Schwarzer ist.“ Sein Vater pflichtet bei: „Wenn es jemand zu trösten gilt, dann die Mutter von Ilan, und ich bin nicht sicher, ob eine Million Menschen auf der Straße sie trösten können.“ 1991 demonstrierten nach der Schändung von jüdischen Gräbern auf dem Friedhof von Carpentras eine Million Franzosen in Paris gegen Antisemitismus, darunter der damalige Präsident Mitterrand. Nach dem

Mord an Ilan Halimi waren es laut Veranstalter 200 000, laut Polizei 30 000, die Wahrheit dürfte bei um die 60 000 liegen.

Youssef Fofana, der Bandenchef, der sich selbst „Barbarians Brain“ nannte, hat die Entführung von Ilan Halimi gestanden, sowie sechs weitere Kidnapping-Versuche. Fofana schweigt aber bisher dazu, was in der besagten Nacht geschah, als die Bande ihr Opfer loswerden wollte und mit Brennspritzen übergoß. Und er leugnet antisemitische Motive. Fofana soll in den vergangenen drei Jahren auch mehrere Notabeln und Berühmtheiten zu erpressen versucht haben, von den 20 Betroffenen sei ein Viertel jüdisch.

Salem Rami, ein 52-jähriger Sozialarbeiter, der sonst regelmäßig auf Demonstrationen seine Meinung kundtut, ob gegen Rassismus, für Laizität, gegen Fundamentalisten oder prekäre Arbeitsverträge, ist diesmal nicht dabei auf der Place de la République: „Hat man schon einmal von Juden gehört, die Opfer von Polizeiübergriffen wurden?“ fragt der Algerier, der in Frankreich aufgewachsen und keinesfalls Antisemit ist. Er denkt dabei an

„Wir sagen unseren Kindern, dass sie sehr vorsichtig sein sollen, – auf der Straße eine Kippa tragen, das ist heute nicht mehr möglich.“

die beiden Jugendlichen, die in Clichy-sous-Bois auf der Flucht vor der Polizei und deren Ausweiskontrollen in einer Stromanlage durch Elektroschock starben und die Aufstände in den Vororten im November letzten Jahres auslösten. Viele Araber oder Schwarze empfinden wie Salem Rami, dass Politiker und Medien bei Antisemitismus empörter reagieren als bei rassistisch motivierten Diskriminierungen ihnen gegenüber. Selbst wenn der Präsident des Conseil français du culte musulman an der Zeremonie für Ilan Halimi in der Synagoge teilnahm, die Muslime hielten sich mit Solidaritätsbekundungen zurück. „Es gibt individuelle Aktionen gegen Antisemitismus, aber davon dringt wenig an die Öffentlichkeit“, beobachtet der franko-israelische Journalist Joav Tokar. Die Juden jedenfalls sähen in den Muslimen keine Verbündeten. Ein Demonstrant, der aus Rennes angereist ist, drückt es so aus: „Hier ist Platz für alle, Christen, Juden, Araber, Gläubige oder Ungläubige. Es darf keinen Wettbewerb unter den verschiedenen Gruppen geben.“ Doch nach diesem allgemeinen Bekenntnis kommt gleich der auf Muslime gemünzte Seitenhieb: „Aber die, die nach Frankreich kommen, dürfen nicht unsere Gesetze ändern wollen. Die Juden haben nie darum gebeten, dass Gesetze dem Judentum angepasst werden. Wer nach Frankreich kommt, muss das Land mit seiner Geschichte respektieren.“

Vorbei sind die Zeiten von „Touche pas à mon pote!“ („Mach meinen Kumpel nicht an!“), dem Slogan von SOS Racisme in den 1980er Jahren. In weiter Ferne liegt die Antisemitismusdemonstration mit einer Million Menschen von 1991, oder auch die Solidaritätswelle mit den illegalen Einwanderern, den so genannten Sans-Papiers, Mitte der 1990er Jahre. Verfliegen ist die multikulturelle Euphorie von 1998, als Frankreich mit seiner gemischten Equipe de France Fußballweltmeister wurde.

Unbehagen in der jüdischen Gemeinde

Das Verbrechen an Ilan Halimi hat die Angst unter den Juden Frankreichs vergrößert, obwohl die Zahl der Übergriffe im letzten Jahr zurückgegan-

gen ist: 2005 wurden 974 rassistische oder antisemitische Straftaten begangen, ein Drittel weniger als im Vorjahr. Besonders die antisemitischen Delikte gingen um 48 Prozent zurück (504 gegenüber 974 im Vorjahr), die rassistischen betrug 2005 470 gegenüber 600 im Vorjahr. Dennoch fragen sich viele Juden heute erneut, ob ihre Kinder auch künftig ihren Platz in Frankreich haben werden. Der Journalist Joav Tokar meint dazu: „Es gibt die, die sehr emotional reagieren, und diese Menschen fühlen sich sehr betroffen, weil das auch an Erfahrungen aus der kürzer oder länger zurückliegenden Vergangenheit rührt.“ Doch es gebe auch eine rationalere, vorsichtiger Reaktion. Vielen sind die Ereignisse in jüngerer Zeit noch in Erinnerung, die zuerst als antisemitische Taten Schlagzeilen machten und sich dann als Schwindel herausstellten. Deshalb warten viele Juden erst einmal ab, bis die genauen Umstände geklärt sind. „Auf der Straße werden Sie Juden finden, die sehr stark reagieren“, so Tokar. „Aber was die Führer der jüdischen Gemeinschaft angeht, herrscht mehr Vorsicht und Zurückhaltung.“

Lydie Chaize wurde in einer jüdischen Familie geboren, aber sie fühlt sich als Französin und nicht als Jüdin, sie ist auch nicht gläubig. Für sie fand Antisemitismus bisher in den Vororten statt, als Pariserin fühlte sie sich davon nicht persönlich betroffen. Bis vor wenigen Tagen ihre Cousine anrief, die im Stadtzentrum von Orléans wohnt. „Sie ist wie ich nicht gläubig“, berichtet Lydie, „aber nach der Beerdigung von Ilan schrieb jemand auf ihre Haustür ‘Jüdin!’“ Die Cousine habe Klage eingereicht. Bisher habe es in Orléans keine ähnlichen Fälle gegeben. „Sie hat nun Angst um ihre Kinder. Sie trägt immer ein bisschen dick auf, aber sie ist mir sehr nahe, ist offen, multikulturell, laizistisch, und ich Sorge mich.“

Ein weiterer Vorfall wurde aus Schiltigheim im Elsass bekannt: Eine Sozialarbeiterin wurde dort im Frauengesundheitszentrum von zwei Männern angegriffen, die ihr den Namen „Mohammed“ auf den Bauch schrieben und die Worte „dreckige Jüdin“ an die Wand sprühten. Die Frau ist keine Jüdin, und ob die Täter im Grunde aus antisemitischen oder frauenfeindlichen Motiven gehandelt haben, etwa Abtreibungsgegner sind, ist ungeklärt. Vor dem Hintergrund der Entführung und

des Mordes an Ilan Halimi aber sorgte auch dieser Vorfall für Unruhe in der jüdischen Gemeinde. Im gleichen Zeitraum wurde auch ein 54-jähriger Mann in Ostfrankreich gekidnappt und zu Tode gequält. Er war kein Jude.

Ein weiterer Fall ist die Geschichte des 31-jährigen Raphaël Clin. Der Gendarm kam am 12. Februar 2006 auf der französisch-niederländischen Karibikinsel Saint Martin ums Leben, nachdem er bei einer Straßenkontrolle von einem Motorradfahrer angefahren worden war. Der Franzose starb inmitten der Umstehenden, ohne dass jemand Hilfe gerufen hätte. Schlimmer, aus der Menge sollen rassistische Beleidigungen und Applaus gekommen sein, weil ein „Weißer“ (und Polizist?) schwer verletzt am Boden lag. Die Ehefrau des Gendarmen hat Klage wegen Totschlag eingereicht, und ein 43-jähriger Mann von der Nachbarinsel Sainte-Lucie sitzt wegen rassistischer Äußerungen in Untersuchungshaft. Da der Vorfall zeitgleich zum Verbrechen an Ilan Halimi passierte, löste er eine lebhaft Polemik innerhalb der Gendarmerie und in Frankreich aus. Am 28. Februar hatte Innenminister Nicolas Sarkozy im Parlament „Sanktionen“ versprochen, falls sich der Verdacht des Rassismus bewahrheiten würde.

Auch das Justizministerium hat zum Thema Rassismus eine neue Statistik erstellt. Unter dem Delikt des Rassismus fasst diese sehr unterschiedliche Strafbestände zusammen: Die Bandbreite geht von Verfechtern des Negationismus über Firmenchefs, die bei der Einstellung diskriminieren, bis hin zu Fußballfans, die im Stadion (schwarze) Spieler beleidigen. Auch ein Mörder, der sein Opfer nach dessen Hautfarbe aussucht, wird darin erfasst. Diese Statistik sollte daher mit Vorsicht behandelt werden, aber sie zeigt eine Tendenz: Es werden immer mehr Klagen eingereicht. Im letzten Jahr waren es mehr als 3 600. In über 200 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in 320 konnte vermittelt werden, und in 434 Fällen führten die Ermittlungen zu Verurteilungen. Auch diese Zahl ist in den letzten Jahren beständig gestiegen, im Jahr 2000 waren es noch 178 Schuldsprüche. Am häufigsten sind die Verurteilungen für Beleidigungen wegen Rasse, Religion oder Herkunft in Wort, Schrift, Bild oder im Internet. 1998 wurden 118 Personen dafür verur-

teilt, 2004 waren es bereits fast doppelt so viele (231), und es wurden 35 Gefängnisstrafen verhängt, fünf davon ohne Bewährung.

Die so genannten „Testing“-Verfahren, bei denen SOS Racisme weiße, arabische und schwarze Testpersonen in Diskotheken, auf Wohnungs- und Arbeitssuche schickt, um Diskriminierungen nachzuweisen, schlugen sich 2002 in 22 Verurteilungen nieder, 2004 in 13. Dass diese Zahl zurückgeht, kann daran liegen, dass Händler und Türsteher durch den Medienrummel ihre Vorurteile überdacht haben. Es kann natürlich auch sein, dass sie ihren Rassismus weniger nachweisbar zeigen. Wegen Diskriminierung bei der Einstellung wurde nur ein Unternehmer verurteilt; was mit großer Sicherheit ein Zeichen dafür ist, dass der Beweis für dieses Delikt schwieriger zu erbringen ist. Künftig sollen anonyme Lebensläufe ohne Namen, Alter und Foto für mehr Chancengleichheit sorgen. Die Strafen jedenfalls belaufen sich im Schnitt auf 1 500 Euro.

Die endlose Affäre Dieudonné

Zu 5 000 Euro wurde am 10. März 2006 der Komiker Dieudonné von der 17. Pariser Strafgerichtskammer verurteilt. Es ist das zweite Mal, dass der 36-Jährige wegen seiner Äußerungen verurteilt wird. Das erste Mal war er im Januar 2001 in erster Instanz für schuldig befunden worden, Weiße und Katholiken als „Sklavenhändler“ und „Rassisten“ diffamiert zu haben. Das Berufungsurteil gab dann aber dem Komiker Recht. Auch diesmal hat Dieudonné Berufung eingelegt. „Ich wurde 20 Mal freigesprochen“, lautet seine Reaktion auf das Urteil, das ihn der „diskriminierenden und zum Hass anstachelnden“ Diffamierung für schuldig befindet. Dieudonné M'bala M'bala hatte in der Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ vom 8. Februar 2004 erklärt: „Es sind alle diese Sklavenhändler, die sich ins Bank- und Showgeschäft und heute in den Terrorismus konvertiert haben, die die Politik von Ariel Sharon unterstützen. Die, die mich angreifen, haben ihre Herrschaft und ihren Reichtum auf dem Sklavenhandel und der Sklaverei aufgebaut.“ Das Gericht befand, dass Dieudonné „unter dem Deckmantel,

seine Gegner brandmarken zu wollen, die Juden rachsüchtig mit Sklavenhändlern gleichsetzt, die ihren Reichtum auf dem Sklavenhandel aufgebaut und somit aus einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit Profit gezogen haben.“ Die Organisation SOS Racisme, die als Nebenkläger im Prozess auftrat, äußerte sich mit dem Urteil zufrieden: „Wir haben für Dieudonné nun dasselbe Urteil wie für andere rassistische Anführer“, erklärte Patrick Klugman von der Antirassismusorganisation in Anspielung auf Jean-Marie Le Pen.

Dieudonné – übersetzt bedeutet sein Name „von Gott gegeben“ – ist ein Mischling, sein Vater stammt aus Kamerun, seine Mutter aus der Bretagne; er wuchs in einem südlichen Vorort von Paris auf. Seit Jahren versucht er, sich als Sprecher „der Schwarzen“ durchzusetzen; der Komiker war bereits Kandidat bei Regional-, Parlaments- und Europawahlen. 2007 möchte er als Kandidat für die Präsidentschaftswahl antreten. Vorbild von Dieudonné ist laut seinen eigenen Angaben der verstorbene, bis heute beliebte Komiker Coluche. Coluche hatte sich auch einmal zum Präsidentschaftskandidaten ernannt, seine Kandidatur dann aber zurückgezogen, weil ihm Umfragen so viele Stimmen vorhersagten, dass dem Komiker selbst bange wurde. Dieudonné dürfte aber wahrscheinlich nicht einmal die 500 Unterschriften von gewählten Volksvertretern zusammenbringen, die seine Kandidatur unterstützen, wie es das französische Gesetz vorsieht. Seine Flirts mit dem Antisemitismus haben ihn viel Sympathie gekostet. „Die Wahrheit über Dieudonné“ lautet der Titel des Buches von Anne-Sophie Mercier. Die französische Journalistin zeigt darin auf, wie sich der erfolgreiche Komiker vom Gegner des rechtsextremen Front National zu „einer Art umgekehrtem Spiegelbild“ von Jean-Marie Le Pen gewandelt hat. Doch für so manche – radikale – Schwarze ist der umstrittene Dieudonné ein Idol, seine verbalen Ausrutscher sprechen ihnen aus dem Herzen. Joav Tokor betont: „Das ist gefährlich, unsympathisch, eklig, manchmal sogar dramatisch, aber man kann nicht sagen,

das sei typisch für die verschiedenen Communities oder gar für die französische Gesellschaft.“ Allerdings tragen diese radikalen Minderheiten dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem jede Aktion in Bezug auf die Herkunft, die Religion oder die Hautfarbe der Akteure interpretiert wird.

In Oullins, einem südlichen Vorort von Lyon, wird am Samstag, den 4. März 2006, der 42-jährige Algerier Chaib Zehaf vor einer Bar niedergeschossen. Der Familienvater stirbt an einer Kugel

„Die radikalen Minderheiten tragen zu einem Klima bei, in dem jede Aktion in Bezug auf die Herkunft, die Religion oder die Hautfarbe der Akteure interpretiert wird.“

im Kopf und zwei Kugeln im Brustkorb. Der mutmaßliche Täter, Jean-Marie Garcia, ist als gewalttätig bekannt und dafür, dass er eine Waffe bei sich trägt. Die Polizei fängt ihn nach der Tat in einer benachbarten

Straße ein, mit über zwei Gramm Alkohol im Blut. Noch in der Nacht verhören die Beamten den ebenfalls anwesenden Naby, einen Cousin des Opfers, der rassistische Äußerungen seitens des Täters gehört haben will. Doch seine Aussage wird nicht zu Protokoll genommen. Erst im Laufe des Verhörs merken die Beamten, dass der Mann bei der Schießerei ebenfalls verletzt worden ist. Sie führen ihn daraufhin in Handschellen ins Krankenhaus.

„Man will uns glauben machen, dass es sich um einen banalen Mord handelt“, zitiert die Tageszeitung *Libération* einen weiteren Verwandten des Opfers: „Wird ein Araber auf der Straße niedergeschossen, [...] gilt das nicht als Rassismus!“ Zunächst werden die Aussagen, die auf Rassismus schließen lassen, nicht berücksichtigt. Doch dann melden sich Zeugen in den Medien zu Wort, die aussagen, den betrunkenen Mörder von „dreckigen Arabern“ reden gehört zu haben. 1 000 Menschen marschieren zur Erinnerung an den ermordeten Familienvater durch Oullins. Daraufhin wird der Fall neu aufgerollt und die Ermittlungen wieder aufgenommen.

Oullins ist übrigens keiner der tristen Lyoner Vororte aus endlosen Hochhausreihen, sondern ein Vorortstädtchen. Chaib Zehaf wohnte hinter der Hauptstraße, in einem komfortablen Wohn-

haus, gleich neben dem Rathaus. Auch die Siedlung in Bagneux, wo Ilan Halimi festgehalten wurde, war keine der schlimmen Vorortsiedlungen. Im November brannten dort drei Autos. Und die Karibikinsel Saint Martin ist halb holländisch, halb französisch und eher bekannt als Paradies für Reiche und Touristen. Wer Rassismus und Antisemitismus vor allem in den Vorortghettos ausmachen will, seitens der schwarzen oder muslimischen Einwanderer, die einen „Hass auf den Westen“ (Alain Finkielkraut) hätten, zum Teil auch als Folge des israelisch-palästinensischen Konflikts, gerät in Argumentationsnotstand. Die „Barbaren“-Bande, die Ilan Halimi entführte, war „black-blanc-beur“, gemischt wie die Bevölkerung Frankreichs. Dafür wurde die gesamte Vorortsiedlung von Bagneux vorschnell der Mitwisserei und somit implizit der Komplizenschaft verdächtigt, im besten Fall bemitleidet, unter der „Omertà“, dem Gesetz des Schweigens, zu leben, wie das im Vorort üblich sei. Als ob mitten in Paris der Nachbar wüsste, was nebenan geschieht! Die Ideale von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit sind Meilen entfernt von der Wirklichkeit, in der das Communitydenken immer stärker wird und die Frage nach der Herkunft des Opfers vor der nach dem Opfer rangiert.

Das Ende des antirassistischen Konsenses?

Die Verbrechen, die die verschiedenen Communities zusammenschweißen oder, je nach Betrachtungsweise, gegeneinander aufwiegeln, sind nur der Gipfel des Eisbergs einer Entwicklung, die Dominique Sopo, Präsident von SOS Racisme, seit geraumer Zeit beobachtet: Das „Ende des antirassistischen Konsenses“ in der französischen Gesellschaft. „Heute besteht leider das Risiko, dass jeder im Namen des Antirassismus spricht. Doch Antirassismus ist keine rassistische oder religiöse Korporation, die diesen oder jenen Bevölkerungsteil verteidigt, und zwar im besonderen gegen die gemeinen Weißen. Antirassismus ist ein

Kampf für Gleichheit, dafür, dass jeder als gleich anerkannt wird. Antirassismus wendet sich daher gegen alle Formen von Rassismus, weil er zum Ziel hat, dass alle Individuen in Gleichheit zusammenleben.“

Die Schuld für diese Entwicklung gibt Sopo den Politikern, die neuerdings wieder in den Einwanderern die Ursache für die Probleme der französischen Gesellschaft ausmachen. So erklärte

„Wer Rassismus und Antisemitismus vor allem in den Vorortghettos ausmachen will, gerät in Argumentationsnotstand.“

zum Beispiel der Minister für die Überseedepartements, François Baroin, „das in Frankreich geltende ius soli dürfe kein unantastbares Tabu mehr sein, vor allem in den Überseedepartements, die der illegalen Einwanderung nicht Herr werden.“

„Zum ersten Mal seit zehn Jahren hört man so etwas von einem Verantwortlichen in einer Regierung“, meint Dominique Sopo. „Man hätte meinen können, die Debatte über das Bodenrecht, die in den 1980er Jahren regelmäßig geführt wurde, sei endgültig vorbei.“ Für Sopo handelt es sich um einen „Testballon“, um künftig die Nationalität eines in Frankreich geborenen Kindes infrage stellen zu können.

Ein weiteres Beispiel ist für Dominique Sopo die Politik von Innenminister Sarkozy, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Zahl der Ausweisungen von Illegalen um 25 Prozent zu erhöhen. Die Maßnahme trifft auch immer mehr ausländische Schüler. Die Solidarität seitens der Mitschüler und Lehrer konnte manche Ausweisung verhindern. Der 19-jährige Kameruner Guy Effeye lebte seit vier Jahren in Frankreich, ging im Pariser Vorort Epinay-sur-Seine aufs Gymnasium, war ein Schüler „ohne Probleme“. Seinen Lebensunterhalt verdiente er mit Jobs auf dem Markt. Bis zu seinem 18. Lebensjahr konnte dem Kameruner nichts passieren, denn bis zur Volljährigkeit dürfen Minderjährige nicht ausgewiesen werden. Wenn sie dann 18 werden und nicht seit ihrem 13. Lebensjahr in Frankreich wohnen, ist Schluss mit der Toleranz: Guy wurde ohne Papiere aufgegriffen und sollte abgeschoben werden. Laut Dominique Sopo gibt es tausende solcher Fälle. „Das

Glück von Guy war es, dass sich seine Klassenkameraden mobilisiert haben und Alarm schlugen“, erklärt der Präsident von SOS Racisme. „Wird so ein Fall nicht bekannt, erfährt man davon zu spät oder gar nie.“ Guy Effeyes Ausweisung wurde am Pariser Flughafen verhindert. Volljährige Schüler haben auch dann eine Chance, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, wenn sie in Frankreich geboren wurden, acht Jahre im Land gelebt haben und fünf Jahre nach ihrem zehnten Lebensjahr in Frankreich in die Schule gegangen sind. Doch Dominique Sopo von SOS Racisme beklagt, dass Einzelfälle überhaupt nicht mehr geprüft werden, um das vorgegebene Ziel an Ausweisungen zu erreichen. Die Lehrer der Organisation „Réseau éducation sans frontières“ schlägt nun übers Internet Alarm, sobald neue Fälle bekannt werden. Das passiert regelmäßig.

Die Präsidentschaftswahl steht vor der Tür, und Politiker wie Sarkozy versuchen sich im Spagat zwischen dem Wunsch, den Rechtsextremen die Stimmen abzuwerben, und der Notwendigkeit, die „Français d'origine“ nicht zu verprellen (wobei beide Gruppen sich auch überschneiden können). Wie viele Schwarze, wie viele Maghrebener gibt es in Frankreich? Unmöglich, genaue Zahlen zu erfahren. Denn das ist politisch unkorrekt: Die Republik kennt nur Franzosen,

ohne Unterscheidung von Rasse, Herkunft oder Religion. Schätzungen gehen von bis zu zehn Millionen Schwarzen, fünf Millionen Arabern, drei bis fünf Millionen Muslimen und 650 000 Juden in Frankreich aus. Sicher ist, dass auch diese Franzosen das Zünglein an der Waage spielen können. Doch auch die Rechtsextremen spüren einen Aufschwung seit den Ausschreitungen in den Banlieues im Herbst. Glaubt man einer Meinungsumfrage im Auftrag von *Le Monde* von Mitte Dezember letzten Jahres, finden nur noch 39 Prozent der Franzosen die Positionen des Front National nicht akzeptabel (2004 waren es 44 Prozent, 1997 48 Prozent). Stellt man die Fragen allgemein und ohne Zusammenhang mit dem Front National, belegt das eine faktische Übernahme solcher Positionen durch immer mehr Franzosen. 70 Prozent meinen, die Justiz sei nicht streng genug mit Kleinkriminellen, 63 Prozent finden, es gebe zu viele Einwanderer. Wegen des Mehrheitswahlrechts ist die rechtsextreme Partei nicht im Parlament vertreten. Der Front National habe somit zwar keinen direkten Einfluss auf die Politik, meint Dominique Sopo, aber er habe seine Kraft durch die Zahl seiner Wähler. Bei der letzten Präsidentschaftswahl 2002 kam Jean-Marie Le Pen mit 16,86 Prozent und 4,8 Millionen Stimmen in den zweiten Wahlgang.